

Pressespiegel zur Asylpolitik vom 17.05.2016

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Auf der griechischen Insel Lesbos scheitert die praktische Umsetzung des Abkommens zwischen der Türkei und der EU. Die humanitäre Lage hat sich stark verschlechtert nachdem sich Hilfsorganisationen aus Protest gegen das Abkommen zurückgezogen haben. JournalistInnen erhalten keinen Zugang zu dem Lager in Moria auf Lesbos. Weiterhin gäbe es zu wenige MitarbeiterInnen griechischer und europäischer Behörden, um über die Asylanträge in angemessener Zeit zu entscheiden. Zudem kommt es zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Behörden.
<http://www.zeit.de/2016/21/lesbos-realitaet-fluechtlinge-griechenland-tuerkei-abschiebung> (13.05.16)
- Nach dem Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann von der SPÖ und vor der Wahl zum Bundespräsidenten am kommenden Sonntag stellt die mit der SPÖ regierende ÖVP Bedingungen für eine Fortführung der Koalition. Bestandteil ist unter anderem das Festhalten an der restriktiven Asylpolitik. Die SPÖ will keine Parlamentsneuwahlen.
<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/regierung-oesterreich-oevp-nennt-punkte-fuer-weiterarbeit-mit-der-spo-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160510-99-884857> (10.05.16)
- Ärzte ohne Grenzen kritisieren ebenso das Abkommen zwischen der EU und der Türkei. Es sei ein Signal an die Welt, dass Staaten sich aus ihrer Verantwortung für Schutzsuchende freikaufen könnten, die Folge sei, dass Menschen in Kriegsgebieten festsitzen würden. Flucht sei zunehmend gar keine Option mehr.
<http://www.nzz.ch/international/harte-kritik-an-eu-und-tuerkei-hilfsorganisation-sieht-recht-auf-asyl-in-gefahr-ld.82422> (13.05.16)

Bund, Land, Kommune

- Die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten hat sich im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum selben Zeitraum 2015 verdreifacht. Das Bundesinnenministerium veröffentlichte die Zahl von 347 Übergriffen mit dem Hinweis auf ihre Vorläufigkeit, beispielsweise seien die Vorfälle in Clausnitz und Bautzen noch nicht mit eingerechnet. Den höchsten Anteil stellen Sachbeschädigungen, von Brandstiftung über Körperverletzungen hin zu Mordversuchen finden sich ebenso Angriffe auf das Leben von Menschen in der angegebenen Zahl.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-deutschland-zahl-der-angriffe-auf-fluechtlingsunterkuenfte-verdreifacht/13570226.html> (10.05.16)
- Der Bundestag hat vergangene Woche Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Eine Entscheidung im Bundesrat steht noch aus, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen ist zentraler und nach wie vor unentschlossener Akteur. Seine Partei ist an zehn Landesregierungen beteiligt.
<https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-sichere-herkunftslander-103.html>
(13.05.16)
Zur Kritik an der Menschenrechtslage in den drei Maghreb-Staaten:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/maghreb-staaten-sichere-herkunftsstaaten-mit-kleinen-maengeln/13503328.html> (26.04.16)

Zur Kritik von Parteien, Verbänden, Organisationen am konkreten Beschluss des Bundestags:
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/bundestag-maghreb-sichere-herkunftslaender-100.html> (13.05.16)

- Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles streiten über das geplante Integrationsgesetz. Während de Maizière auf eine repressive Gangart setzt und der Meinung ist, Integration durch Druck bewerkstelligen zu können will Nahles die Hürden für eine Niederlassungserlaubnis niedrig halten. Allerdings hat sich die Koalition bereits im April darauf verständigt, eine unbefristete Niederlassungserlaubnis nur im Fall von nachgewiesenen Integrationsleistungen zu gewähren.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/integrationsgesetz-fluechtlinge-andrea-nahles-thomas-de-maiziere> (17.05.16)
- Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht sich aus den Reihen von Koalition wie Opposition dem Vorwurf ausgesetzt, die Bundesregierung und die EU durch das Abkommen mit der Türkei erpressbar gemacht zu haben. Aus der SPD heißt es, man erwarte die Durchsetzung des Deals, Merkel sei hierfür in die Verantwortung zu nehmen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/abkommen-mit-der-tuerkei-bayrische-polizisten-fuer-den-brenner/13598118-2.html> (15.05.16)
- Nach Informationen des *Spiegels* rechnet das Bundesfinanzministerium bis zum Jahr 2020 mit insgesamt 93,6 Milliarden Euro für Unterbringung und Integration, mit eingerechnet sind auch Kosten welche unter „Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisenregionen“ laufen.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-stellt-knapp-94-milliarden-euro-bis-2020-bereit-a-1092256.html> (14.05.16)
- Die Sudetendeutsche Landsmannschaft spricht sich auf ihrem Pfingsttreffen gegen Nationalismus und Grenzkontrollen aus, es brauche mehr und nicht weniger Europa so der Vorsitzende der Landsmannschaft und CSU-Mitglied Bernd Posselt.
<http://www.idowa.de/inhalt.vertriebene-sudetendeutsche-gegen-nationalismus-in-fluechtlingskrise.fdfa6859-3582-4d30-819f-609470088d7a.html> (13.05.16)
- Der Freistaat Sachsen reduziert die Aufnahmekapazitäten seiner Erstaufnahmeeinrichtungen auf 14.300, das ist ein Rückgang von 6.600 zur Verfügung stehenden Plätzen.
<http://www.lvz.de/Specials/Themenspecials/Fluechtlinge-in-Leipzig/Sachsen-reduziert-Fluechtlingskapazitaet-Leipzig-bleibt-dauerhaft-Erstaufnahme> (12.05.16)
- Die bundesweite Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete scheitert an der Gesetzgebungskompetenz der Länder, bisher ist ein solches Modell nur in den Stadtstaaten und Schleswig-Holstein umgesetzt. Asylsuchende können so ohne Hürden und Diskriminierung ärztliche Konsultation in Anspruch nehmen, die Länder sparen Verwaltungskosten. In anderen Bundesländern scheitert die Umsetzung am Widerstand der Kommunen, Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und das Saarland planen keine Einführung.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/gesundheitskarte-fluechtlinge-asylsuchende> (15.05.16)
- Nachdem ein unbegleiteter, minderjähriger Geflüchteter in einen Unfall verwickelt war, war die Frage nach seiner Unfallversicherung aufgeworfen. Der Vorfall

ereignete sich in der Stadt Halle, die Kommune hat für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Allgemein sind Kommunen dazu allerdings nicht verpflichtet.

<http://www.mz-web.de/halle-saale/aerger-nach-unfall-wie-minderjaehrige-unbegleitete-fluechtlinge-versichert-sind-24036408> (10.05.16)

Hintergrund und Meinung

- In einem Gastbeitrag für die *Zeit* kommentieren Anne Koch und Isabelle Werenfels von der Stiftung Wissenschaft und Politik die Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sichere Herkunftsstaaten. Diese Entscheidung sei nicht auf ausreichender Grundlage gestellt worden. Gerade in Algerien sei die Informationslage zur Menschenrechtssituation dürftig, da die Regierung den Zugang ausländischer Organisationen unterbindet und im Inneren unterdrückt. Ausreichend Informationen liegen lediglich im Falle Tunesiens vor. Es mangle schlicht an Differenzierung zwischen den drei Staaten. Die Entscheidung des Bundestags schade weiterhin der Glaubwürdigkeit der EU, zudem sei sie reine Symbolpolitik, unter den zehn Hauptherkunftsländern Geflüchteter finde sich keiner der drei Staaten.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/asy|politik-eu-maghreb-sichere-herkunftslander-abschiebung> (13.05.16)
- *Die Zeit* gibt einen historischen Überblick über Entstehung und Konsequenzen des Sykes-Picot-Abkommens.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/sykes-picot-abkommen-syrien-irak-islamischer-staat> (16.05.16)

Erstellt von Mark Gärtner
E-Mail: soz13cna@studserv.uni-leipzig.de